

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, Miriam Schwarz, SP): Aktiv gegen die Krise: Integration in die Arbeitswelt

Die beschlossene regionale Zusammenarbeit in der Regionalkonferenz sollte sich auch in Krisenzeiten – besonders in Krisenzeiten – bewähren. Die regionale Zusammenarbeit im Zusammenspiel mit der regionalen Wirtschaftsförderung sollte einerseits die Gemeinden dazu bringen, eine gemeinsame Politik zur Krisenbewältigung zu formulieren, andererseits die Zusammenarbeit mit den ansässigen Wirtschaftsunternehmen zu verstärken, um gemeinsam mit ihnen Massnahmen zur Bekämpfung und Linderung der Krise und ihrer Folgen zu definieren. Die öffentliche Hand sollte vor allem die konzeptionelle Arbeit leisten und Grundprinzipien und Massnahmen einer gemeinsamen Investitionspolitik definieren. Sie sollte sich leiten lassen vom Prinzip des antizyklischen Handelns zur Stärkung der Inland-Nachfrage. Gleichzeitig sollten umsetzungsbereite Vorhaben vorgezogen und zur Arbeitsplatzzerhaltung genutzt werden.

Das Wirtschaftsamt, die regionale Wirtschaftsförderung und das Kompetenzzentrum Arbeit sollte zusammen mit den Wirtschaftsorganisationen, gemeinsame Massnahmen zur Krisenbekämpfung definieren. Das Wirtschaftsamt sollte dazu alle auch informellen Kontakte nützen. Es könnte auch eine Scharnierfunktion zu den Bildungsstätten (Universität, Fachhochschulen, Berufsfachschulen usw.) übernehmen.

Dabei sollten z.B. folgende Themen eine wichtige Rolle spielen:

- Kurzarbeit statt Entlassungen
- Aus- und Weiterbildung während Phasen der Kurzarbeit
- Gemeinsame Massnahmen zur Verhinderung und zur Reintegration bei Langzeitarbeitslosigkeit
- Gemeinsame arbeitsmarktliche Massnahmen (Motivationssemester, Praktika, Einsatzplätze usw.)
- Lehrstellenverbände

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Er setzt sich in der Regionalkonferenz für ein gemeinsames Aktionsprogramm möglichst vieler Gemeinden zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen ein.
2. Im Kontakt der Wirtschaftsförderung mit den Unternehmen sollen möglichst Entlassungen verhindert werden. Dazu eignen sich Massnahmen im Bereich des Personalverleihs unter den Unternehmen (siehe Projekt „Kompetenzaustausch“ im Kanton Waadt), attraktive Teilzeitleösungen, maximale Ausdehnung der Kurzarbeit, gemeinsame Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bei Kurzarbeit usw.
3. Das Wirtschaftsamt gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft und Bildung bildet Verbände, welche gemeinsam Lehrstellen schaffen und möglichst den Ausgebildeten auch Möglichkeiten zu ersten Berufserfahrungen ermöglichen.
4. Das Kompetenzzentrum Arbeit in Zusammenarbeit mit Organisationen aus der Wirtschaft und Bildung bietet ein gemeinsames Massnahmenpaket möglichst vieler Gemeinden für den Übergang von der Sek. I-Stufe in die Sek. II-Stufe und anschliessend in die Arbeitswelt an.

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, Miriam Schwarz, SP): Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Giovanna Battagliero, Leyla Gül, Corinne Mathieu, Rithy Chheng, Ursula Marti, Nicola von Greyerz, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Daniela Schäfer, Beni Hirt

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 9. Dezember 2009

Der Gemeinderat